



Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagshaus: Nachrichten Dresden.
Schnitzgasse 23/24.
Telefon-Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,30 M., vierteljährlich 19,50 M.
Die 11p. 37 von heute Seite 2 M. Auf Postanweisung, Kassepost unter
Städt. u. Wohnungsverwaltung, 11p. 37 von heute Seite 2 M. Auf Postanweisung, Kassepost unter
Zentr. Anzeiger, 11p. 37 von heute Seite 2 M. Auf Postanweisung, Kassepost unter

Druck- und Verlagsanstalt: Druck u. Verlag von Giesch & Reichert in Dresden.
Pöhlstraße 108B Dresden.

Neue Besitzsteuern und Reichsnotopfer.

30- bis 35proz. Heranziehung des Besitzes.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“).
Berlin, 30. Juni. Die letzte Sitzung des Reichskabinetts hat sich eingehend mit den neuen Besitzsteuern befaßt und nach Informationen aus parlamentarischer Quelle sich für eine 30- bis 35prozentige Heranziehung des Besitzes im Rahmen der Steuerreform entschieden.
Die Beratungen werden noch fortgesetzt, aber vermutlich so rechtzeitig abgeschlossen werden, daß der Reichsanwalt dem Reichstage, bevor er in die Sommerferien geht, Mitteilungen darüber machen kann, wie sich die Reichsregierung in großen Zügen die Steuerreform denkt.
Ein nochmaliges Reichsnotopfer.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“).
Wien, 30. Juni. Die Finanzminister der Einzelstaaten treten kommende Woche in Berlin zusammen. Sie werden zu der nochmaligen Erhebung des Reichsnotopfers Stellung nehmen.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“).
Paris, 30. Juni. Dem „Excelsior“ zufolge haben die gestrigen Besprechungen zwischen den französischen und deutschen Sachverständigen zu einer vollständigen Regelung in der Frage der Exekution geführt. Man einigte sich auf eine Vereinbarung, die Deutschland für die nicht wiedererlangten Kunstwerke entrichten soll. Am Rande des Nachmittags legten Dr. Bergmann und Direktor Guggenheimer ihren Standpunkt bezüglich der Naturalienleistungen dar. Dem Wunsch der Verhandlungen wohnte auch Louchereur bei. Heute werden die Beratungen fortgesetzt. Es wird ein Ergänzungsplan zur Exekution kommen, der dann von den deutschen Sachverständigen dem Wiederaufbauamt Dr. Rachenau übermitteln werden soll. Es ist möglich, daß Direktor Guggenheimer seinen Pariser Aufenthalt um einen Tag verlängern wird. Man spricht sogar davon, daß Dr. Rachenau nach Paris kommen soll, um mit Louchereur zu konferieren.
Berlin, 30. Juni. Die in Paris am Dienstag begonnenen Besprechungen zwischen Staatssekretär Bergmann und den französischen Sachverständigen über die Wiederaufbaufrage werden etwa 14 Tage dauern. Die Entscheidung weiterer deutscher Vertreter nach Paris ist für die nächsten Tage vorgesehen. In amtlichen deutschen Kreisen rechnet man diesmal mit einem günstigen Ausgang der Pariser Verhandlungen.

Aufhebung der Sanktionen?

Berlin, 30. Juni. Der „Voss. Zig.“ wird aus London gemeldet, daß für eine Aufhebung der Sanktionen einig und allein der Oberste Rat zuständig sei. Vor dem Inkrafttreten des Obersten Rates könne daher mit einer Aufhebung der Sanktionen nicht gerechnet werden; es sei aber anzunehmen, daß sich die Mehrheit des Obersten Rates für die Aufhebung der Sanktionen aussprechen werde, zumal Italien sich für die Aufhebung erklärt habe, so daß voraussichtlich eine harte Mehrheit zugunsten der Aufhebung vorhanden sein wird. Dann läge noch in Betracht, daß am 1. Juli, dem amerikanischen Nationalfeiertag, der Friede mit Deutschland endgültig geschlossen sein wird. Infolgedessen werde der amerikanische Vertreter dem Obersten Rat nicht mehr, wie bisher, bloß als Zuschauer, sondern als vollberechtigter Teilnehmer beizutreten. Man erwartet, daß der amerikanische Vertreter sich zugunsten der Aufhebung der Sanktionen aussprechen werde.
Berlin, 30. Juni. Man ist in hiesigen Kreisen überzeugt, daß die Sanktionen zur Aufhebung gelangen werden, wenn eine Verständigung über die Reparation erzielt ist. Briand hat übrigens nicht, wie es nach einem Bericht der Agence Havas erscheinen könnte, im französischen Kammerauschuß geäußert, die Sanktionen würden aufrechterhalten, um das Kabinett Wirth zu stützen.

Frankreichs Kammerauschuß gegen die Aufhebung.

Paris, 30. Juni. Im Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten wurden die eingebrachten Resolutionen angenommen. Die erste betrifft die Sanktionen. In ihr wird erklärt, man nehme Kenntnis von den Erklärungen der Regierung und rechne darauf, daß keine der militärischen oder wirtschaftlichen Sanktionen, die in den Monaten März und April gegenüber Deutschland ergriffen wurden, aufgehoben werden würden vor der lückenlosen Erfüllung der Verpflichtungen, deren Erfüllung sie erlassen wurden. Die zweite Resolution beschäftigt sich mit Oberösterreich. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Notwendigkeit hin, in kürzester Zeit die oberösterreichische Frage gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles zu lösen, die Teilung dieser Provinz nach dem Ergebnis der Volksabstimmung vorzunehmen, und auch Rücksicht zu nehmen auf die geographische und die wirtschaftliche Lage der Ostmarken. Die dritte Resolution befaßt sich mit der Orientfrage. In ihr wird erklärt, daß Frankreich der griechischen Regierung unter keinen Umständen direkte oder indirekte finanzielle oder militärische Hilfe leisten könne.

Eine Protestnote gegen die neue Kohlenforderung.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“).
Genf, 30. Juni. Gegen die von der Entente für Juli festgesetzte deutsche Kohlenlieferung von 2400000 Tonnen ist von der deutschen Regierung eine Protestnote an die alliierten Kabinette gerichtet worden. Deutschland erklärt sich anerkennend, so lange der Ausfall der oberösterreichischen Kohlenförderung andauert, die geforderte Kohlenlieferung zu leisten.

Der „Rückzug“ der polnischen Insurgenten.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“).
Katibor, 30. Juni. Wie der polnische Rückzug, der am 26. Juni eingeleitet worden soll, in Wirklichkeit aussieht, beweisen folgende Ereignisse der letzten Tage: Am 26. Juni kam der deutsche Rückzug ins Stocken, weil die Polen die Vertragsbestimmungen nicht eingehalten hatten. Deutlich wurde am 29. Juni von den Insurgenten angegriffen, wobei die Angriffe von Maschinengewehrfeuer unterstützt wurden. Die Schikerei dauerte bis in die Morgenstunden. Die Insurgenten drangen bis in die Mitte der Stadt vor, wo sie zahlreiche Geschäfte plünderten. Die Zahl der Toten und Verwundeten konnte bisher nicht festgestellt werden. Bei dem Angriff verhielten sich die Franzosen passiv. Am 30. Juni wurde der deutsche Selbstschutz südlich von Katibor von den Insurgenten bestialisch beschossen, wobei er drei Schwerverwundete hatte.

Berlin, 30. Juni. Es ist richtig, daß sich die Normationen der Insurgenten auf der vorgeschriebenen Linie, wenn auch hier und da mit Verzögerungen, zurückgezogen haben. Ganz glatt hat sich aber der Rückzug nicht vollzogen. Die Polen haben geraubt, deutsches Gut mit sich genommen und auch deutsche Bewohner mit verschleppt. Außerdem ist die Räumung keine reibende. Es sind Insurgenten und auch Haller-Soldaten in voller Uniform zurückgeblieben. Auch befindet sich teilweise der Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr in den geräumten Gebieten noch in polnischen Händen. Ferner finden auf Korantus Anweisung große Protestversammlungen statt, die sich dagegen wenden, daß die von den Insurgenten eingeleiteten Behörden entfernt werden. Unter dem 25. Juni ist ein Erlass Krombholzes erschienen, wonach in jeder Gemeinde eine Gemeindevache zu bilden ist. Diese soll absolute Unparteilichkeit üben. Die Bedingungen für die Aufnahme sind noch nicht bekannt. Es wird jedoch befürchtet, daß polnische Insurgenten in größerer Zahl aufgenommen werden.

Korjantys „Scherz“.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“).
London, 30. Juni. Der Doppelherzog von Braganza hat eine Unterredung mit General Dencker. Dieser erklärte ihm, daß er mit den Ergebnissen des ersten Räumungstages durchaus zufrieden sei. Er hoffe, daß die oberösterreichischen Unruhen zu Ende seien. Korjantys trug dazu bei, daß der Scherz (?) sein Ende finde. Von General Hofer habe Dencker die Überzeugung, daß er den Räumungsplan auf das genaueste durchführen lassen werde.

Ueberfiedlung der türkischen Regierung nach Brussa?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“).
Genf, 30. Juni. Der „Matin“ meldet aus Konstantinopel: Die Regierung trifft Vorbereitungen zur Verlegung der Hauptstadt nach Brussa. Das Parlament ist vertagt. Der griechische Gesandte hat Konstantinopel verlassen.
London, 30. Juni. Im englischen Unterhaus teilte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen mit, daß Ismid von den griechischen Truppen geräumt sei und in dieser Gegend große Panik herrsche. Die Stadt Ismid liege in Flammen.

Paris, 30. Juni. Wie Havas aus Konstantinopel berichtet, ist eine bulgarische Mission in Juchok angekommen, um sich nach Angora zu begeben. Sie wird begleitet von Galt-Ben, dem ehemaligen Minister des Innern der provisorischen Regierung von Thrazien. Nach einer weiteren Havas-Meldung aus Konstantinopel beabsichtigen sich die Nachrichten aus Kleinasien, daß die Türken die Offensive ergriffen haben. Auf der Front von Ismid und Brussa hätten sie einige Siege davongetragen. Im Abschnitt von Usak ist die dritte griechische Division von den Türken vollkommen geschlagen und von der türkischen Kavallerie verfolgt worden. (W. I. B.)

Verhaftung bolschewistischer Agenten in Konstantinopel.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“).
Paris, 30. Juni. Der Konstantinopeler Berichterstatter der „Chicago Tribune“ meldet, daß 60 bolschewistische Agenten, die von einer außerordentlichen Kommission von Moskau nach Konstantinopel entsandt waren, von britischen und französischen Offizieren verhaftet wurden. Die englischen Offiziere stützten sich darauf, daß diese Agenten den englisch-russischen Vertrag gebrochen haben, der jede Propaganda auf englischem Gebiete verbietet. Es ist erwiesen, daß diese Agenten große Summen für Waffen in Konstantinopel ausgegeben, damit mit dem Vorrücken der Kemalisten gegen Ismid in Konstantinopel die Revolution ausbrechen.

Die Aufhebung des deutsch-amerikanischen Kriegszustandes.

London, 30. Juni. Wie aus Washington berichtet wird, ist man den republikanischen Führer des Repräsentantenhauses, Mondell, ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, es sei sehr wünschenswert, vom Senats eine gütliche Meinungsäußerung über die Weltabstrichung zu erhalten. Eine solche Meinungsäußerung sollte in den alljährlichen Ausschüssen geschehen.

Die „Weltabstrichung“.

Washington, 30. Juni. (Neuter.) Präsident Harding hat an den republikanischen Führer des Repräsentantenhauses, Mondell, ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, es sei sehr wünschenswert, vom Senats eine gütliche Meinungsäußerung über die Weltabstrichung zu erhalten. Eine solche Meinungsäußerung sollte in den alljährlichen Ausschüssen geschehen.

Der Kriegsprozess Stenger-Crusius.

Leipzig, 30. Juni. Nach dem Austritt der für heute geladenen Zeugen teilt der Präsident mit, daß der französische Zeuge Dr. Wenger aus Dornach i. G. nicht erschienen sei. Er bedauere dies, da gerade der Auslage dieses Zeugen besonderes Gewicht beigelegt werde.

An der fortgesetzten Zeugenvernehmung.

Der französische Zeuge, Leutnant Josef Dietrich aus Tagendorf i. G., der der 11. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 112 angehört, an, er habe am 21. August von dem fraglichen Befehl nichts gehört, wisse auch nichts davon, daß Gefangene getötet worden seien. Am 26. August dagegen habe er gehört, wie General Stenger den Befehl gegeben habe, keine Gefangenen zu machen, daß der General auch geogri hätte, Verwundete seien zu erschließen. Wie dann der angelegte Befehl durch die Zeugenlinie der Kompanie hindurch gegeben wurde, habe er nicht gehört. Er will auch nichts davon wissen haben, daß die Franzosen von den Säumen löschten. Ob Stenger seine Worte an die herannahenden Soldaten oder an den damaligen Oberleutnant Neubauer gerichtet hat, wisse er nicht. — General Neubauer bestritt erneut, den Befehl gehört und weitergegeben zu haben.

Überregierungsbeamter Kleinhaus aus München im Blick.

Der später verwendete und schuldlosig wurde, schildert die Ereignisse vom 26. bis 28. August in der bekannten Weise. Am letzten Tage sei auf dem Markte der Befehl gegeben worden, Gefangene sollten nicht gemacht werden. Sie seien, ob verwundet oder unverwundet, zu erschließen. Er, der Zeuge, habe sich geweigert, einen solchen Befehl auszuführen, da er gegen die Menschlichkeit verstoße. Der Zeuge schildert dann weiter, daß ein Sergeant drei Franzosen gefangen genommen habe und von General Stenger mit den Worten angesprochen worden sei: Hatten Sie keine Kenntnis von meinem Befehl? Warum haben Sie ihn nicht ausgeführt? Der Sergeant habe dann den Marktschlichter mit den drei Gefangenen auf Anordnung des Generals fortgeführt. Stenger habe gesagt: Was soll ich mit den Kerls machen? Von meinen Leuten kann ich sie doch nicht erschließen lassen. Einige Zeit später habe Stenger einen Offizier auf einem Nachtrag zurückgeschickt und habe darauf habe der Zeuge mehrere Schüsse und Salven gehört. Er und seine Kameraden hätten sich abgesagt. Jetzt sind wohl die Gefangenen erschossen worden?

General Stenger protestiert sehr energisch gegen die Möglichkeit dieser Aussagen, die er als vollkommen unwahr bezeichnet.

Es wird dann festgestellt, daß der Zeuge Kleinhaus wegen Nahnensicht in einem anderen Verfahren verurteilt worden ist. Der Präsident weist darauf hin, daß in allen Ländern Heberläufer, die ihren Eid gebrochen haben, nicht als besonders glanzwürdig angesehen werden. — General Neubauer erklärt die Aussage des Zeugen Kleinhaus für eine Lüge. — Eisenbahnarbeiter Joseph Nisert aus Mühlhausen im Blick ist am 20. August in französische Gefangenschaft geraten. Am Mittag dieses Tages habe es plötzlich geheißen, Gefangene dürften nicht gemacht, Verwundete müßten erschossen werden. 12 bis 15 Gefangene sind alsbald erschossen worden. Ob sie verwundet waren, weiß er nicht. Der Befehl zur Erschießung, die gegen 2 Uhr nachmittags vorgenommen worden sei, sei von einem Unteroffizier einer anderen Kompanie gekommen. Näheres kann er über die Erschießung nicht sagen. Er habe sich abgewandt, da er es nicht habe mit ansehen können.

Maurer Eugen Oberdorf aus Bettingen (Kreis Alt-Siedlich), der im November 1918 aus dem deutschen Heere ausgeschieden ist, bekundet, daß der fragliche Befehl am Nachmittag des 20. August gelegentlich des Waldschloßes vom Unteroffizier weitergegeben worden sei. Er will gehört haben, daß Stenger den Befehl des Erschießens gegeben habe. Ein Sergeant habe drei Gefangene gebracht, und der General habe gesagt: „Die werden sofort erschossen“. Die drei Franzosen, die Heftigkeit um ihr Leben gebeten hätten, seien dann in einem Hause von drei Soldaten erschossen worden. Der Zeuge behauptet, die von Stenger zunächst mit dem Erschießen beauftragten drei Soldaten hätten sich geweigert, den Befehl auszuführen. Dann seien andere Soldaten dazu befohlen worden. — Der Präsident bemerkt, es sei doch kaum anzunehmen, daß ein Soldat dem Oberkommandierenden den Gehorham verweigere.

Eisenbahnbeamter Schmecker aus Strahburg i. G. war Befehlshänger der Kompanie des Hauptmanns Crusius. Er gibt an, Major Müller habe gesagt, es sei Brigadebefehl, sämtliche Gefangene zu erschließen, weil die Franzosen heimtückisch von hinten geschossen und weil wir keine Leute zum Transport der Gefangenen hätten. Der Befehl sei dann den Leuten von Major Müller und Hauptmann Crusius eingehändigt worden. Er, der Zeuge, habe sich passiv verhalten. Es seien etwa zwanzig Verwundete erschossen worden. Der Zeuge behauptet jedoch, Hauptmann Crusius habe am 21. August beim Vorgehen ein oder zwei am Boden liegende Verwundete mit dem Revolver erschossen. — Der Angeklagte Crusius erklärt, daß er in seinem Leben noch keinen Menschen erschossen habe. — Der Zeuge bleibt jedoch bei seiner Aussage. — General Stenger betont, daß der Zeuge keine Beweise für seine Behauptungen beibringe, wie dies früher in einem Telegramm des Eifelsturms angeklagt worden sei.

(Bei Redaktionschluss dauert die Verhandlung noch fort.)

Fortführung der Prozesse während der Gerichtsferien.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“).
Köln, 30. Juni. Die „Times“ meldet aus Paris. In einer Note der alliierten Kabinette wird Deutschland darauf hingewiesen, daß die Aburteilungen in Leipzig auch während der Gerichtsferien fortzusetzen und bis spätestens Ende August abzuschließen sind. Anfang September werden die Alliierten ihre Stellungnahme zu den deutschen Kriegsverurteilungen präzisieren.